

I. Erläuterungen

Aufgabenart

Textaufgabe

Voraussetzungen gemäß Lehrplan und Erlass „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen im Landesabitur 2016“ vom 20. Juni 2014

Die Aufgabe bezieht sich auf den thematischen Schwerpunkt *Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung*, insbesondere auf die Stichworte *Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte (Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen und Verträge, Einflussssphären)* (Q3).

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf den thematischen Schwerpunkt *Medien*, insbesondere auf das Stichwort *Einfluss der Medien auf die politische Willensbildung* und den thematischen Schwerpunkt *Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration*, insbesondere auf das Stichwort *Prozess der europäischen Integration* (Q1).

II. Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Selbstverständlich sind jedoch Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

Die formalen Kriterien sind einleitend zu bestimmen (d.h. Verfasser, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr und Thema des Textauszuges): In dem Kommentar „Die Vorwürfe gegen Putin klingen stark nach Kriegspropaganda“, der am 29.07.2014 bei Stern online erschienen ist, kritisiert der Autor Nidar Rümelin die moralische und politische Beurteilung des Verhaltens Russlands in der Ukraine-Krise durch westliche Medien und Politiker.

Zu Beginn verdeutlicht der Autor am Beispiel des Absturzes eines malaysischen Verkehrsflugzeuges, dass russische Medien die ukrainische Regierung für dieses tragische Ereignis verantwortlich machen würden, während Medien in den USA und Deutschland in der „neo-imperialistischen“ Politik Putins die Ursache für das Unglück sehen.

Der Westen weite seine Sanktionen gegenüber Russland aus und die Ukraine dehne ihre militärischen Operationen gegen die Separatisten aus. In diesem Zusammenhang bemängelt der Autor eine zu geringe Resistenz gegen eine Ideologisierung der Außenpolitik des Westens und eine fehlende Distanz der westlichen Medien gegenüber Informationen, die von staatlichen Stellen verbreitet werden würden. Darüber hinaus kritisiert der Autor die Haltung der westlichen Medien, die Russland eine „neo-imperialistische“ Politik vorwerfen würden. Zwar sei es zweifellos zutreffend, dass die Demokratie in Russland zunehmend autokratische Züge annehme, aber im Vergleich zu China sei die politische Praxis Putins zivil.

Im Folgenden reflektiert der Autor kritisch die Erweiterungspolitik der EU in Verbindung mit ihrem weitreichenden politischen Einfluss und ihrer wirtschaftlichen Potenz sowie die Außenpolitik der USA, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges angemaßt hätten zu entscheiden, ob ein Regime legitim bzw. zu stürzen sei. Er gelangt zu der Ansicht, dass die USA sich stärker imperialistisch gebärdet habe als Russland und auch die Ausdehnung der EU als imperialistisch betrachtet werden könne.

Die EU müsse hierbei im Hinblick auf die „Geländegewinne“ sogar noch mehr als die USA als „imperialistisch“ gelten. Ihre zivile Strategie der territorialen Ausdehnung sei deswegen erfolgreich, weil sie diesen neuen Mitgliedsstaaten Wirtschaftswachstum und Wohlstand versprächen und es der EU gelinge, durch Assoziierungsabkommen Staaten dahingehend an sich zu binden, dass aus dieser Kooperati-

on schließlich eine Vollmitgliedschaft erwachse. Dieser Prozess werde mit außenpolitischer Naivität vorangetrieben.

Im Weiteren führt der Autor dann Argumente an, die gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und der NATO sprechen, beispielsweise die im Vergleich zu den EU-Staaten geringe Wirtschaftsleistung der Ukraine, der Umstand, dass Russland seine Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine stationiert habe oder die politische Dominanz pro-europäischer bzw. pro-russischer Oligarchen, und stellt fest, dass die Strategie der EU im Falle der Ukraine gescheitert sei. Es dränge sich sogar der Eindruck auf, die EU verfolge mit ihrer Politik das Ziel, Russland seiner letzten Einflusszonen zu berauben und es für immer vom europäischen Wirtschaftsraum abzukoppeln.

Abschließend kritisiert der Autor, dass die Medien in ihrer Bewertung des Konfliktes zu wenig die russische Perspektive berücksichtigten und der Vorwurf des Neo-Imperialismus ein Beispiel für die ungleiche Bewertung von gleichartigen Fällen darstelle.

Aufgabe 2

In Anknüpfung an Nida-Rümelins Aussage, in einer voll entwickelten Demokratie sei eine gewisse kritische Distanz gegenüber NATO- und CIA-gesteuerten Informationen zu erwarten, soll die Aufgabe der Medien im politischen Prozess insgesamt erläutert werden. Dies kann am Beispiel der Berichterstattung in der Ukraine-Krise verdeutlicht werden. Dabei ist besonders die Doppelfunktion der Medien als Informationsforum und als bedeutender Akteur der Meinungs- und damit Willensbildung zu verdeutlichen. Auf die folgenden Aspekte kann insbesondere eingegangen werden:

- Das in Art. 5 GG garantierte Grundrecht der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit ist konstitutives Merkmal einer freiheitlichen Grundordnung.
- Informationsfunktion: Eine möglichst umfassende und sachliche Berichterstattung über Ereignisse, Fakten und Hintergründe bildet die Grundlage für eine politische Partizipation und einen demokratischen Willensbildungsprozess.
- Artikulationsfunktion: Die Medien machen die unterschiedlichen Interessen und Ansichten innerhalb der pluralistischen Gesellschaft sichtbar und ermöglichen somit Diskussion und politische Öffentlichkeit. Dabei haben die Medien die Meinungsvielfalt darzustellen und auch Minderheiten Gehör zu verschaffen.
- Kritik- und Kontrollfunktion: Als vierte Gewalt haben die Medien das Handeln der politischen Akteure und ihre Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und Missstände aufzudecken.
- Meinungsbildungsfunktion: Durch die Analyse und Bewertung des politischen Geschehens tragen die Medien zur öffentlichen und persönlichen Urteilsbildung bei.
- Agenda-Setting: Durch die Themensetzung in der öffentlichen Diskussion und die Bestimmung der Wichtigkeit bestimmter Themen für die politische Agenda gestalten die Medien Politik.

Aufgabe 3

Die Aufgabenstellung zielt darauf ab, die Politik der EU in der Ukraine-Krise gegenüber Russland unter dem Aspekt der Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu betrachten und zu untersuchen, inwieweit diese durch das Handeln der EU umgesetzt werden. Dabei sind die wesentlichen Ziele der GASP der EU Material 2 zu entnehmen und die Politik der EU ausgehend von denen in Nida-Rümelins Kommentar angesprochenen Aspekten weitergehend zu betrachten.

Folgende Aspekte sind als Ziele der GASP der EU aus Material 2 zu entnehmen:

- Wahrung des Friedens und Stärkung der internationalen Sicherheit
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit
- Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

In Material 1 werden folgende Aspekte der Politik der EU gegenüber Russland in der Ukraine-Krise angesprochen:

- die Osterweiterung der EU und die Assoziierungspolitik der EU im Vorfeld der Krise
- die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland

Als weitere Aspekte können in die Untersuchung einbezogen werden:

- Die EU hat mehrere Hilfspakete beschlossen, mit denen die Ukraine wirtschaftlich und finanziell stabilisiert werden soll.
- Die EU, wie auch die USA, erachten das umstrittene Referendum auf der Krim als völkerrechtswidrig und erkennen die Abspaltung von der Ukraine und die Aufnahme der Halbinsel in die Russische Föderation nicht an. Ebenso erkennt die EU die von den pro-russischen Separatisten abgehaltenen Referenden zur Abspaltung der Regionen Donezk und Lugansk nicht an.
- Die EU hat Russland vor der Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine gewarnt und daraufhin Sanktionen verhängt und diese später aufgrund der anhaltenden Unterstützung prorussischer Separatisten seitens Russlands verschärft. Diese beinhalten Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen russische und ukrainische Politiker, die Absage des EU-Russland-Gipfels und die Einstellung der regelmäßigen bilateralen Gipfeltreffen sowie ein Verbot für Einfuhren aus der Krim und Investitionen auf der Krim und weitere wirtschaftliche Einschränkungen für Russland im Finanz- und Bankensektor.
- Auch neuere Entwicklungen können einbezogen werden.

Bei der Untersuchung ist herauszustellen, dass die Politik der EU den Zielen der GASP weitgehend entspricht. Nimmt man aber wie von Nida-Rümelin gefordert die Perspektive Russlands ein, können einzelne Maßnahmen auch als eine destabilisierende Ausweitung der Einflussosphäre der EU und als Missachtung russischer Interessen verstanden werden, die eine Zusammenarbeit mit Russland und die Sicherheit in Europa gefährden und die Entstehung eines neuen Ost-West-Gegensatz als Konsequenz möglich erscheinen lassen.

Aufgabe 4

Bei der in Aufgabe 4 geforderten Auseinandersetzung mit Nida-Rümelins Bewertung des Verhaltens von der EU und Russland im Vorfeld und Verlauf des Ukraine-Konflikts geht es vor allem darum, das Handeln der EU und Russlands zu vergleichen und zu hinterfragen. Grundsätzlich sollte die Argumentation durch Stringenz und Differenziertheit gekennzeichnet sein und zu einer begründeten Bewertung führen. In der Auseinandersetzung mit dem Standpunkt des Autors können z.B. folgende Argumente entwickelt werden.

Um eine Gleichartigkeit des Handelns zu belegen, kann angeführt werden:

- Russland hat als souveräner Staat ein legitimes Sicherheitsinteresse.
- Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist Teil der KSZE-Schlussakte und auf dieses beziehen sich die EU und Russland gleichermaßen.
- Nicht nur Russland fordert eine Ausdehnung seines Territoriums über die Krim hinaus, sondern auch die EU hat durch ihre Osterweiterung bis hin zum Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ihr Territorium sowie ihre politische und wirtschaftliche Einflussosphäre stetig ausgedehnt und der Westen hat einen Wortbruch gegenüber Russland begangen, als er nach der Wiedervereinigung die NATO nach Osten ausdehnte.
- Die EU übt mit den Lockmitteln wirtschaftliche Prosperität und Zugang zu dem Europäischen Binnenmarkt und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine starke Anziehungskraft aus. Gleichzeitig nutzt auch Russland seinen Rohstoffreichtum und wirtschaftliche Entwicklungschancen sowie eine großzügigen Unterstützung verbündeter Staaten als Lockmittel, um sich als attraktiver Partner darzustellen.

Als Unterschiede zwischen der Politik der EU und Russlands können erwähnt werden, dass

- die EU keine militärische Mittel angewendet oder die territoriale Integrität von Staaten infrage gestellt hat,
- die Aufnahme in die EU nur auf Antrag eines souveränen Staates erfolgt und nicht nach völkerrechtlich umstrittenen Referenden in Verhandlungen mit Separatisten,
- die EU eine Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten ist, wodurch auch die Möglichkeit eines Austritts aus der Gemeinschaft offen gehalten wird,

- die EU eine Wertegemeinschaft der Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung darstellt, in der alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt sind und gleichermaßen an der politischen Willensbildung partizipieren.

Bei der Beurteilung des Ukraine-Konflikts können in der Argumentation politische, historische, völkerrechtliche und geostrategische Aspekte aufgeführt werden.

Die Verwendung des Terminus des „Neo-Imperialismus“ für das Verhalten Russlands kann als eine Dämonisierung Russlands verstanden werden, die dazu dient, das russische Handeln ohne jegliche Differenzierung zu verurteilen, zu delegitimieren und eine einseitige Schuldzuweisung vorzunehmen. Das entbindet die europäische Öffentlichkeit aber nicht von der Notwendigkeit einer kritischen Selbstreflexion, welche Wirkungen die Politik der EU auf Russland hat. Das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt ist sicherlich als ein Akt der „Destabilisierung“ der Ukraine und damit des gesamten osteuropäischen Raumes zu bewerten, trotzdem erscheint eine Kennzeichnung mit dem historischen Begriff Imperialismus zumindest fraglich. Ebenso ist die Erweiterungspolitik der EU auf friedlichem Wege durch Verträge erfolgt, was qualitativ einen großen Unterschied zur russischen Politik darstellt, sodass eine Verwendung des Begriffs hier noch weniger angemessen zu sein scheint.

III. Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt gemäß den Bestimmungen in der OAVO in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere § 33 OAVO in Verbindung mit den Anlagen 9a und ggf. 9b bis 9f, sowie in den Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA). Für die Umrechnung von Prozentanteilen der erbrachten Leistungen in Notenpunkte nach § 9 Abs. 12 der OAVO gelten die Werte in der Anlage 9a der OAVO. Darüber hinaus sind die Vorgaben des Erlasses „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen im Landesabitur 2016“ vom 20. Juni 2014 zu beachten.

Bei der Bewertung und Beurteilung ist auch die Intensität der Bearbeitung zu berücksichtigen. Als Bewertungskriterien dienen über das Inhaltliche hinaus qualitative Merkmale wie Strukturierung, Differenziertheit, sprachliche Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn in

Aufgabe 1

- die Hauptaussagen des Kommentars zusammengefasst werden,

Aufgabe 2

- die Aufgaben der Medien in der Demokratie in Grundzügen erläutert werden,

Aufgabe 3

- die Ziele der GASP der EU benannt werden und die Politik der EU gegenüber Russland im Ansatz unter diesem Aspekt untersucht wird,

Aufgabe 4

- ansatzweise diskutiert wird, inwieweit das Verhalten der EU und Russlands als „neo-imperialistisch“ bewertet werden kann.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn in

Aufgabe 1

- der Kommentar in seinen zentralen Aussagen präzise zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Aufgabe der Medien im politischen Prozess erläutert werden und dabei die Doppelfunktion der Medien als Informationsforum und als Akteur der Willensbildung verdeutlicht wird,

Aufgabe 3

- die Ziele der GASP der EU benannt werden und die Politik der EU gegenüber Russland differenziert unter diesem Aspekt untersucht wird,

Aufgabe 4

- differenziert diskutiert wird, inwieweit das Verhalten der EU und Russlands als „neo-imperialistisch“ bewertet werden kann.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	15		20
3	5	25		30
4			30	30
Summe	30	40	30	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.